

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 19

Artikel: Isabelita statt Evita : wo die Burleske kein Spass ist
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

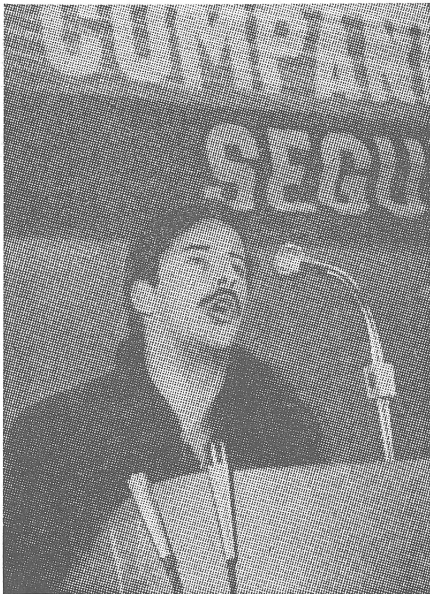
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Der Generalsekretär des linksrevolutionären MIR, Miguel Enriquez. Allende nannte ihn bei guter Gelegenheit «rechtsstehend» und «konterrevolutionär».

Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 5)

die angeblich «bewusste Linke» diesen Tatbestand nicht einsieht; aber das darf sie nicht; sonst nähme ihr Bewusstsein noch Schaden.

Jedenfalls führte der einseitig verkündete und beidseitig angewandte «Wappenspruch» richtig zum politischen Chaos, welches das wirtschaftliche Chaos überlagerte.

*

Die faschistisch genannten Extremisten der Opposition suchten den Terror mit ähnlichen Mitteln, wie sie drei Jahre lang die linksrevolutionäre Bewegung MIR gehandhabt hatte. Aber man tröste sich: Auch sie war von Allende «rechtsextrem» und «konterrevolutionär» genannt worden, als ihre gewaltsamen Aktionen das Regime in Verruf brachten.

*

Das Chaos führte zum Militärputsch, und hier wenigstens, sollte man meinen, wird die künftige Legende mit der bestbekanntesten lateinamerikanischen Wirklichkeit übereinstimmen: Militärs retten den Klassenfeind. Aber nicht einmal das stimmt. Wenn die Militärs das hätten tun wollen, hätten sie es vor drei Jahren tun müssen. Oder auch noch etwas später, aber auf jeden

Fall je früher je typischer. Statt dessen hatten sie das legale Regime unterstützt, waren in Einzelfällen sogar gegen seine Feinde aufmarschiert. Zur Wahrung von Ruhe und Ordnung, die der marxistische Präsident wünschte.

Auch da war es zum grossen Paradox gekommen. Im Herbst 1972 sprach es der kommunistische Parteichef Luis Corvalan aus: «Als die Rechte einsah, dass sie nicht auf die Armee zählen konnte, wählte sie den Weg des Generalstreiks, um die Aktivitäten Chiles zu lähmen und das Land zu ersticken.» Eine Rollenverteilung, die im ideologischen Selbstverständnis unserer braven Antikapitalisten nicht falscher sein könnte. Aber so war sie, die Rollenverteilung von Armee und werktätigen Massen, nach der Aussage eines kommunistischen Generalsekretärs!

Aus dem ergibt sich, dass die Armee bei ihrem späten Eingreifen im manifesten Chaos nicht den Klassenfeind retten wollte. So unglaublich es in unsern konditionierten Ohren klingt: am plausibelsten ist noch die These, dass sie das Land retten wollte. Das heisst noch nicht, dass sie es tun wird (mit dem politischen Willen militärischer Machthaber ist es alleweil so eine Sache), aber das war hier nicht die Frage.

*

Wo die Burleske kein Spass ist

Isabelita statt Evita

Weiteres aus Lateinamerika von Alphonse Max

Die Uebergangsepoche hat in Lateinamerika so gut wie anderswo viele Gesichter. Dazu gehört ganz konkret wieder einmal das Gesicht einer Ehefrau von Juan Domingo Peron, dessen Altersbegierden zum politischen Willen einer im Zersetzungssinn fortgeschrittenen Nation gehören, die dem Taumel verfallen ist. In andern Ländern machen die Töchter und Söhne ehemaliger Diktatoren aus eigener Kraft eine politische Karriere, von der man nur zu gut weiss, wo sie angefangen hat, nicht aber, wo sie münden wird.

Die Wahlen in Argentinien, bereits die zweiten im Laufe des Jahres 1973, werden zweifellos vom ehemaligen Präsidenten und Diktator, General Juan Domingo Peron, gewonnen werden. Bei seinem ausgesprochenen Familiensinn hat er gleich seine um 35 Jahre jüngere Ehefrau als Vizepräsidentenskandidatin aufgestellt. Sie kann damit im Oktober zur Stellvertreterin ihres kränkelnden Gemahls aufrücken. Und nach einiger Zeit zu seiner Nachfolgerin.

Die ertanzte Nachfolgeposition

Es lässt sich als Zeichen von Emanzipation werten, wenn eine Frau an die Spitze eines Staates gelangt. Wenn sie es aber ausschliesslich in ihrer Eigenschaft als Ehefrau tut, dann offenbart das keine Fortschrittlichkeit, sondern bloss feudale Rücksständigkeit. Frau Peron, mit bürgerlichem Namen Maria Estela Martinez, genannt Isabelita, hat keinerlei politische Erfahrung. Sie begegnete dem alternden General im Exil, als sie sich auf Tanztournee befand, denn sie ist Tänzerin;

warum auch nicht? Allerdings pflegt man in Lateinamerika mit der Bezeichnung «Tänzerin» einen Beruf zu umschreiben, der mit klassischem, modernem oder folkloristischem Tanz nur gelegentlich etwas zu tun hat.

Peron ist an die 80 Jahre alt, und sein Gesundheitszustand ist so, dass ihm die Aerzte jegliche Strapazen und Erregungen verboten haben. Wie er ein so kompliziertes und aufgewühltes Land regieren wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird ausgerechnet dieser kränkelnde Greis von der Begeisterung der argentinischen Jugend getragen; ein bemerkenswertes Phänomen.

Ueberhaupt scheint es eigenartig, was die Argentinier sich dieses Jahr alles gefallen lassen oder sogar mit Enthusiasmus aufnehmen: Wahlen werden abgehalten und von Campora gewonnen, dem blossen Strohhalm eines exilierten Lebemannes, der von den Strafgerichten unter anderm wegen Korruption, Kinderschändung und Betrug verurteilt worden war. Wenige Wochen darauf wird der besagte Strohhalm, an

dessen Namen man sich schon heute kaum noch erinnert, zum Rücktritt veranlasst. Lopez Rega, Perons Privatsekretär und in freier Ehe mit seiner Tochter lebend, wird Wohlfahrtsminister und katapultiert seinen Chef auf den inzwischen vakanten Präsidentschaftssessel. Neue Wahlen, an die man bis zum Juli überhaupt nicht gedacht hatte, sollen jetzt erlauben, dass der nicht so ehrwürdige Greis und die Dame Isabel auch formell die Ehe mit dem argentinischen Staat zelebrieren. Die so gut wie sichere Vizepräsidentin und sehr wohl mögliche Präsidentin der grössten spanisch sprechenden Nation Südamerikas ist eine ehemalige Lebedame mittlerer Güte. Etcetera. Eine «chronique scandaleuse» im wörtlichen Sinne, die weltgeschichtliche Erinnerungen an Epochen weckt, in denen staatliche Gemeinschaften ihrem Ende zutrieben.

Das erstaunlichste an diesem Karussell, dessen Mechanismen vor aller Welt exhibiert werden, ist die Tatsache, dass in Argentinien niemand negativ darauf reagiert. Kirche, Militär und Gesellschaft mit allen ihren Institutionen scheinen gegen das, was sich da abspielt, unempfindlich geworden zu sein; nicht einmal der kommunistische Neopuritanismus nimmt den geringsten Anstoss daran. Ausgelöscht wirken nicht nur guter Geschmack und moralisches Empfinden, sondern auch die Staatsraison selbst. Jedermanns Los hängt davon ab, was dem abgelebten Tausendsassa noch einfallen wird, und jedermann scheint damit ganz einverstanden zu sein.

Ein ganz anderes Kaliber in Kolumbien: «La Capitana» organisiert sich hoch

Nichts ist ansteckender als ein schlechtes Beispiel, und so hat auch die Tochter des ehemaligen Diktators von Kolumbien ihre Präsidentschaftskandidatur angemeldet. (Ferner soll dem Vernehmen nach die Gattin des venezolanischen Ex-Diktators Marcos Perez Jimenez ebenfalls Gelüste auf Staatsführung entwickelt haben.)

Es bleibt, dass das chilenische «Experiment» sein Ende gefunden hat. Es verhiess die Einführung des Sozialismus in Legalität, Pluralismus und Demokratie. Aber auch hier ist — leider! — einer Legende entgegenzutreten. Alle Zusicherungen Allendes (die von seinen Koalitionspartnern übrigens zum Teil bekämpft wurden) bezogen sich nämlich auf den Weg und nicht auf das Ziel. Wir haben seine zahlreichen Äusserungen zu diesem Thema letztes Jahr (ZB, Nr. 22/1972) einer eingehenden Betrachtung unterzogen, und es ist aus seinen eigenen gesammelten Aussagen zu entnehmen, dass er Pluralismus und Demokratie in unserem Sinne zwar respektierte, aber ausgesprochen als Mittel zu einer Endlösung, in der diese Begriffe einen andern Sinn erhalten würden, und zwar den gleichen Sinn, den ihr andere kommunistisch beherrschte Länder heute geben. Allende hob seine Auffassung von «Sozialismus» nicht von jenem Sozialismus ab, den die Sowjetunion heute hat. Der Unterschied, den er immer wieder mit Betonung machte, bezog sich auf die Geschichte. Bürgerkrieg, Massenvernichtungen: das waren die Dinge, die sich seiner Ansicht nach in Chile vermeiden liessen. Er wollte eine friedliche und legale Machtübernahme. Er wollte die Tschechoslowakei von 1948, nicht die von 1968 zur Zeit des Prager

Frühlings (dem er auch keine Solidarität bekundete, als das Land «normalisiert» wurde). In der CSSR der ersten acht Monate von 1968 wollte man Pluralismus und Demokratie, nachdem man den Sozialismus als Ergebnis schon hatte: Dort galt das Experiment einem tatsächlich neuen Modell. In Chile dagegen wollte man Demokratie und Pluralismus benutzen, um zu einem sozialistischen Endzustand ohne diese bürgerlichen Tugenden zu gelangen. Das war kein neues Modell, sondern allenfalls ein neues Wegkroki (und nicht einmal ein präzedenzloses).

Die rhetorische Frage, ob der Klassenfeind einen Sozialismus mit Demokratie und Pluralismus je zulassen würde (aus deren Verneinung man die legendäre Rechtfertigung der Gewalt ableitet) ist im Falle Chiles falsch gestellt. Dort stand diese Lösung nämlich gar nicht zur Debatte, sondern nur ein demokratischer und legaler Lösungsverlauf. Die echte Frage hat sich vor fünf Jahren in Prag gestellt, und dort hat man gesehen, wer den Sozialismus mit Demokratie und Pluralismus nicht zugelassen hat. Für Chile bleibt bloss die fromme Legende mit einem weniger frommen Zweck.

Christian Brügger



Die später verbotene Partei «Patria y Libertad» führte den oppositionellen Kampf gegen Allende besonders vehement und ist demzufolge auf der ganzen Welt als faschistisch bekannt geworden. Spätere Terroraktionen sollen auf das Konto ihrer Anhänger gehen. Aber falls sie Hitler verehrte, so verehrte sie auch Stalin, denn sie stellte die beiden einander gleich, wie sich aus ihrer Zeitung ergab.

In Kolumbien hat sich Maria Eugenia Rojas de Moreno allerdings im Gegensatz zu Isabelita Peron schon seit Jahren mit Politik befasst. In der Tat gibt sie an, dem Beispiel von Isabels Vorgängerin Evita nachzueifern zu wollen. Ihre Schlagworte vom «nationalistischen Volksstaat», von der «wahren Agrarreform» und von der Regierung, in der die «echten Vertreter von Arbeiterschaft, Mittelstand, Studenten und Bauern mitarbeiten», hat sie teilweise von ihrem Vater übernommen, der seinerseits viel von Peron abgesehen hatte. Rojas Pinilla, der Vater, hatte sein Regime 1953 durch einen Staatsstreich gegen seinen ebenfalls diktatorischen Vorgänger begonnen und war 1957 gestürzt und exiliert worden. Schon im darauffolgenden Jahr kehrte er allerdings zurück und widmete sich zusammen mit seiner Tochter dem Aufbau einer neuen Partei, der Alianza Nacional Popular (Anapo). Bei den Wahlen von 1970 blieb die Anapo nur knapp hinter der Konservativen Partei zurück, die den heutigen Präsidenten Misael Pastrana stellt, und Maria Eugenia wurde Senatorin.

Die 42jährige «Capitana», wie sich Maria Eugenia gern nennen lässt, wird in ihrem Kampf um die Präsidentschaft zwei Kandidaten gegenüberstehen, die ihrerseits beide Söhne von ehemaligen Präsidenten sind (was es doch für Zufälle gibt!): Alfonso Lopez Michelson und Alvaro Gomez Hurtado, dessen Vater pikanterweise jener Laureano Gomez war, den 1953 der Papa unserer Maria Eugenia gestürzt hatte. Immerhin müssen die Kinder ihren Wahlkampf offenbar mit ausschliesslich politischen Mitteln austragen. Dabei sind die Chancen, dass Kolumbien im April 1974 den ersten weiblichen Präsidenten Amerikas erhält, nicht ungünstig. Die Tochter des nunmehr kränkeldnen 73jährigen Ex-Diktators ist durchaus selber jemand. Unter anderem hat sie Organisationstalent. Sie war es hauptsächlich, welche die Anapo zu einer politischen Macht von Gewicht machte, und sie war es

auch, die ihrem Vater nachträglich wieder zu dem Ansehen verhalf, das er selber während seiner Amtszeit verscherzt hatte, als sich seine Regierung sich praktisch nur durch Korruption, Herrschsucht und Unfähigkeit auszeichnete.

Im Gegensatz zu Isabelita sitzt «La Capitana» fest im Sattel ihrer Partei; sie ist zäh, tatkräftig und in der Politik beschlagen. Ihren Ehemann Dr. Samuel Moreno Diaz lässt sie wohlweislich aus dem Spiel. Er hatte seine Heirat mit der Tochter des damaligen Präsidenten zu allerhand «Staatsgeschäften» benützt, zu denen vor allem ein abgesicherter Kaffeeschmuggel en gros gehört hatte.

Welche Regierungspolitik wäre unter der Präsidentschaft von Maria Eugenia zu erwarten? Sie wünscht sich einen «kolumbianischen Sozialismus». Ob er gegebenenfalls eher dem chilenischen «Ex-Experiment» oder dem abgelaufenen peronistischen «nationalen Sozialismus» (von Elementen eines schlichten Nationalsozialismus keineswegs frei) ähneln wird, ist nicht vorauszusagen.

Eine Normalität wird geregelt: Lösegelder und Fiskus

In Argentinien gehen inzwischen die Entführungen in einem solchen Ausmass weiter, dass sie praktisch zum Alltagsgeschehen gehören und kaum noch Aufsehen erregen. Ihrer Normalität haben inzwischen die USA mit einer fiskalischen Neuerung Rechnung getragen.

Die nordamerikanischen Steuerbehörden haben verfügt, dass die Beträge, die als Löse- oder Erpressungsgeld von den Zentralen der betroffenen argentinischen Niederlassungen gezahlt werden, nicht mehr als Spesen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden dürfen, so dass sie als Gewinn versteuert werden und direkt zu Lasten der Aktionäre gehen. Daraufhin haben es verschiedene nordamerikanische Firmen vorgezogen, die höheren Angestellten ihrer Argentinien-Niederlassungen zu evakuieren, nachdem

sie Drohungen erhalten hatten und das Objekt von Erpressungsversuchen waren. Mehrere ausländische Firmen werden sich vielleicht ganz aus Argentinien zurückziehen, was vielleicht im Sinne der nationalen Wirtschaftspolitik der Regierung sein mag, dem Land aber zweifellos mehr schaden als nützen wird.

Feindnachbarschaftliche Beziehungen und Blockfreiheit

Dass die Massnahme der paraguayischen Regierung, die Grenze mit Argentinien zu schliessen, die vor einigen Wochen getroffen, dann allerdings wieder teilweise aufgehoben wurde, nicht unbegründet war, wird durch die Entführung eines Britisch-Argentiniers in Asuncion durch Mitglieder der argentinischen Terrorbande ERP bewiesen.

Die schon seit langem kühlen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurden weiter gespannt durch den Beschluss der argentinischen Regierung, den Aussenminister Dr. Juan Vignes nicht zur Feier der neuen Präsidentschaftsperiode Strössners zu entsenden.

Dagegen reiste Dr. Vignes nach Algier, um der 4. Konferenz der sogenannten «Blockfreien Staaten» beizuwohnen. Es war das erste Mal, dass Argentinien bei einer derartigen Konferenz als Mitglied teilnahm. Bis vor drei Jahren gehörte Kuba (unterdessen RGW-Mitglied geworden und somit auch formell dem sowjetischen Block angeschlossen, aber immer noch bei den Blockfreien dabei) als einziges Land Lateinamerikas zu dieser Organisation, die inzwischen immer mehr lateinamerikanische Länder als Forum benützen wollen, um ihre Unabhängigkeit gegenüber den USA zu dokumentieren. Die Abhängigkeit von andern Grossmächten ist ja dort statthaft; bisher hat erst der Libyer Ghadaffi an der Teilnahme sowjetischer Vasallen erfolglos Anstoss genommen, und die Anfechtung könnte erst bei grösserem chinesischem Einfluss stärker werden.